

**Sperrfrist:  
20. Dezember 2005  
10.00 Uhr**

**Es gilt das gesprochene Wort**



**Medienkonferenz vom 20. Dezember 2005  
economieSuisse/Bundesamt für Statistik über F+E in der schweizerischen  
Privatwirtschaft 2004**

### **Schlussvotum**

Dr. Andreas Steiner, Präsident der Kommission von economieSuisse für Wissenschaft und Forschung; CEO der Belimo AG, Hinwil

Sehr geehrte Damen und Herren

F+E-Ausgaben sind ein vorausweisender Indikator. Es sind Investitionen in die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Insofern zeigen die eindrücklichen Zahlen für 2004 zweierlei: Einerseits sind sie Ausdruck eines lebendigen Bewusstseins unserer Unternehmen, dass es für die Aufrechterhaltung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit keinen besseren Weg gibt, als selbst aktiv F+E und Innovation zu betreiben. Andererseits legt das erhebliche Engagement der Wirtschaft auch ein Bekenntnis zum Forschungs- und Wirtschaftsplatz Schweiz ab.

Innovationen gelten als Motor jeder Volkswirtschaft. In der marktwirtschaftlichen Ordnung ist es deshalb primär die Aufgabe von Unternehmen, für Wachstum zu sorgen. Dabei ist es nicht die „Schweiz“, die Innovationen schafft, sondern es sind vielmehr Personen, die Risiken eingehen, Wagemut zeigen und Neues suchen. Am meisten Innovationen erfolgen in und zwischen Unternehmen sowie im Verbund mit Hochschulen. Damit es genügend dynamische Unternehmen gibt, müssen deshalb auch die staatlichen Rahmenbedingungen und viele Weichenfaktoren wie Offenheit gegenüber neuen Technologien, Wertschätzung von Unternehmertum, Akzeptanz von Gewinn und Vertrauen in Märkte und Wettbewerb usw. stimmen. Die Politik bestimmt damit entscheidend mit, wie sich in einer Volkswirtschaft die Innovationsaktivitäten und damit die Wachstumskräfte entfalten können.

### **Ein Sieben-Punkte-Programm**

Innovation setzt vor allem auf Bildung und Forschung. Handlungsbedarf besteht aus Sicht der Wirtschaft vor allem in den folgenden Punkten:

- Die vorgelagerten Schulen müssen aufgewertet werden, da sie gemäss PISA internationalen Standards hinterher hinken. Sie müssen die Basis für das Leben legen, weshalb der Vermittlung von Basiswissen in Deutsch, den gängigen Fremdsprachen und vor allem in Mathematik und den

Naturwissenschaften überragende Bedeutung zukommt. Dieses Wissen kennt keine Halbwertszeiten. Notwendig sind neue Anreize im institutionellen Gefüge unserer Schulen (Schulautonomie, Wettbewerb, höhere Leistungsansprüche, aber individuellere Betreuung usw.).

- Die Berufsbildung ist ein Rückgrat für die Leistungskraft unserer KMU-dominierten Wirtschaft. Wenn dies auch in Zukunft so sein soll, ist eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen notwendig (z.B. Ausbildungsverbünde), um die Ausbildungsinhalte laufend mit den sich wandelnden Anforderungen der Berufsbilder abzustimmen.
- In der breiten Gesellschaft ist das Konzept des lebenslangen Lernens noch nicht angekommen, auch wenn viele gut qualifizierte Personen regelmässig an solchen Veranstaltungen teilnehmen. Das Problem liegt bei den weniger Qualifizierten. Hier braucht es neben einer gezielten Aufklärungsarbeit und einer Sensibilisierung durch die Unternehmen auch entsprechende Anreize, um die Weiterbildung auf breiter Basis zu stärken.
- Wir brauchen Hochschulen, die im internationalen Wissenswettbewerb bestehen können. Wettbewerb bedeutet Differenzierung und nicht ein einheitliches Ausbildungsangebot. Das verlangt ein grösstmögliches Mass an Autonomie im Finanz-, Personal- und Forschungsbereich. Spitzenleistungen müssen zum institutionellen Ziel unserer universitären Hochschulen gemacht werden und nicht einfach eine breite Qualifikation von Absolventen. Im Zentrum der Eliteförderung können nicht ganze Hochschulen stehen, sondern nur Exzellenzzentren mit den besten Köpfen eines Fachs. Unsere Hochschulen (vor allem die Fachhochschulen) sind noch allzu stark in einem staatlich-administrativen Planungssystem gefangen, das eine eigene Profilierung erschwert. Und höhere Studiengebühren bleiben eine heilige Kuh der schweizerischen Hochschulpolitik. Damit wird nicht nur auf ein wirksames Element der Nachfragesteuerung, sondern auch auf eine zusätzliche Einnahmequelle verzichtet. Damit wird auch die Option aufgegeben, für das Studium von Ausländern einen Preis zu verlangen und damit hochwertige Arbeitsplätze in der Wissensgesellschaft aufzubauen.
- Nationalfonds und KTI sind und bleiben die Pfeiler der staatlichen Forschungsförderung. Es ist die Rolle des Nationalfonds, optimale Voraussetzungen für hoch stehende Grundlagenforschung zu schaffen, die den Grundstein legt für Innovationen. Der KTI obliegt die Verbreitung und

Anwendung von neuen Technologien durch eine möglichst enge Koppelung Hochschulen/Wirtschaft. Dabei ist ihr Status, ob innerhalb oder ausserhalb der Verwaltung, weniger wichtig als die Flexibilität, Professionalität und unbürokratische Administration. Da Kooperationen immer mehr zum vorherrschenden Innovationsmuster werden, verdient der KTI-Ansatz für push- und pullseitige Wissens- und Technologietransferzentren eine Chance. Dringend zu verbessern sind die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Forschungsschwerpunkten und den Kompetenzzentren der Fachhochschulen einerseits so wie zwischen den schweizerischen und den europäischen Forschungsaktivitäten andererseits.

- All dies braucht entsprechende staatliche Finanzmittel, eine Ausgabenstruktur, welche die Priorität von Bildung und Forschung reflektiert, und leistungsfähige Strukturen. Mit der neuen Bildungsverfassung kann hoffentlich die komplex-barocke Struktur unseres Bildungs- und Forschungssystems mit einer Vielzahl von Gremien, Kommissionen, Räten ausgedünnt werden. Was es sicher nicht braucht, sind neue Innovationsräte und/oder –kommissionen. Denn am grünen Tisch lässt sich nicht feststellen, welche Technologien und Innovationen zukunftssträftig und wettbewerbsfähig sind. Ein Bildungs- und Forschungsdepartement macht nur im Rahmen einer grundlegenden Reorganisation der Bundesverwaltung Sinn.
- Der technologische Wandel findet in allererster Linie innerhalb bestehender Unternehmen statt. Daneben braucht eine Volkswirtschaft aber auch einen stetigen Strom von Neugründungen; vor allem technologieorientierte, schnell wachsende KMU sind ein wichtiges Element in der Erneuerung von Volkswirtschaften. Darin liegt eine wesentliche Funktion von start-up-Unternehmen, weshalb der steuerlichen Behandlung von Risikokapital besondere Bedeutung zukommt.

Auf der politischen Agenda stehen wichtige Vorlagen, wo die Weichen neu gestellt werden können (BFT-Botschaft, Hochschulrahmengesetz usw.). Die Schweiz hat es selbst in der Hand, die Akzente richtig zu setzen. Humankapital ist nicht nur ein wichtiger Standortfaktor im globalen Innovationswettbewerb, sondern auch der Schlüssel zu einem höheren Wachstumspfad, auch wenn der positive Zusammenhang zwischen Humankapital und Wirtschaftswachstum empirisch nicht so leicht zu bestätigen ist